
FDP Main-Kinzig

FRAKTION: WIDER DES ELTERNWILLENS

25.08.2023

Wider des Elternwillens

Liberale: SPD beherrscht die Schulpolitik und domestiziert die CDU

„Wir wollen die beste Bildung für unsere Kinder, weil sie unsere Zukunft sind“, stellt die Vorsitzende der FDP-Kreistagsfraktion und Spitzenkandidatin der FDP-Main-Kinzig zur Landtagswahl, Anke Pfeil, fest.

„Eine Vielfalt der Schulsysteme ist wichtig, damit jedes Kind eine Schule nach seinem Bedarf findet und so bestmöglich gefördert werden kann. Auch der Elternwille kann nur so erfüllt werden. Diesen zu berücksichtigen ist auch für das Schulsystem wertvoll, da er auch als Indiz für die Leistungsfähigkeit der Schulen herangezogen werden kann“, führt Pfeil weiter aus.

„Die Schulpolitik im Main-Kinzig-Kreis war häufig von ideologischen Ansätzen geprägt. Insbesondere die Sozialdemokraten wollten so eine klassenlose Einheitsschule schaffen“, stellt der ehemalige Hanauer Schuldezernent und heutige ehrenamtliche Kreisbeigeordnete, Dr. Ralf-Rainer Piesold fest und dass die SPD diese falsche Schulpolitik nun schon wieder betreibt.

„Für eine kurze Zeit war das anders“, meint Dr. Piesold, da hat man die Interessen der Bevölkerung in den Fokus gesetzt. So hat man 2007 eine Kooperationsvereinbarung zur Erweiterung der Plätze an den traditionellen Gymnasien der Stadt Hanau geschaffen und die Kapazitäten um 9 Züge erhöht. Die Karl-Rehbein-Schule wurde neunzügig und die Hohe Landesschule achtzügig.

Die bis heute auf fast 30 Millionen Euro angestiegenen Beiträge, die der Main-Kinzig-Kreis an die Stadt Hanau zahlt, trugen zu einer immensen Entwicklung der Gymnasien bei. Insbesondere die Karl-Rehbein-Schule hat sich unter dem damaligen Schulleiter

Jürgen Scheuermann und der Schulgemeinde hervorragend entwickelt.

So konnte das ehemalige Gebäude der Schlossplatzschule integriert und die Schule grundsaniert werden. Mit weiteren Investitionen an der Hohen Landesschule und der Otto-Hahn-Schule sowie der Errichtung der Paul-Gerhardt-Schule konnte der Bereich des traditionellen Gymnasiums erheblich ausgeweitet werden.

„Wir sehen nun eine Entwicklung, die diesen Prozess umkehrt. Die Stadt Hanau errichtet eine weitere integrierte Gesamtschule (IGS) an der Hessen-Homburg-Schule und baut die Lindenauschule, die ebenfalls integrierte Gesamtschule ist, weiter aus“, berichtet Piesold.

Da der Main-Kinzig-Kreis mit der Errichtung der Oberstufe an der Bertha-von-Suttner-Schule eine ähnliche Schulpolitik verfolgt, werden die integrierten Gesamtschulen zu Lasten der Gymnasien protegiert. „Es ist das Gegenteil dessen, was ich mit aufgebaut habe“, stellt Dr. Piesold ernüchternd fest und sieht den Elternwillen gefährdet.

Die Schulpolitikerin Anke Pfeil sieht dies ähnlich: „Eigentlich brauchen wir ein weiteres traditionelles Gymnasium im Westkreis. Viele Eltern wünschten sich für ihr Kind einen Platz an einem traditionellen Gymnasium und wären deswegen teilweise sogar bereit, ihre Kinder in anderen Landkreisen zu beschulen.“

Dies gelingt jedoch aufgrund des dort vorhandenen eigenen Platzbedarfs immer seltener, wie sich aktuell am Beispiel Ronneburgs zeigt. Künftig beabsichtigt der Wetteraukreis, den Besuch von Ronneburger Kindern in Büdingen zu unterbinden.

„Grundsätzlich steht es der Politik offen, die Integrierte Gesamtschule zu favorisieren. Dies darf aber nicht dazu führen, dass Eltern, die das traditionelle Gymnasium für die richtige Schulform halten, dazu gezwungen werden, ihr Kind auf eine IGS zu schicken. Diese Freiheit darf den Eltern nicht genommen werden, zurecht haben betroffene Eltern hierfür kein Verständnis“, so Pfeil.

Die FDP-Fraktion hat im Kreistag dennoch für die Teilstreichung des Schulentwicklungsplans gestimmt, da die Schulinvestitionen generell positiv gesehen werden, es um einen notwendigen Verwaltungsakt gegangen ist und man das große Engagement der Bertha-von-Suttner-Schule für die Einrichtung einer Oberstufe ausdrücklich anerkennt und wertschätzt.

„Der Hinweis der CDU, dass man eigentlich auch für ein weiteres Gymnasium im

Westkreis sei, klingt inzwischen vor allem hilflos“, meint Pfeil und ergänzt: „Obwohl die CDU den Schuldezernenten stellt, hat sie sich in dieser ganz grundsätzlichen Ausrichtung offensichtlich dem Willen des Koalitionspartners untergeordnet.“

„Die gegenwärtige Schulpolitik im Main-Kinzig-Kreis kommt einer Domestizierung der Kreis-CDU gleich. Man könnte fast der SPD gratulieren, wenn die jetzige Entwicklung nicht so negativ für unsere Schullandschaft wäre“, resümieren die beiden liberalen Kommunalpolitiker abschließend.

[2023_08_24_PM-SchulpolitikHerunterladen](#)